

# Schlechte Idee

Ralf Müller über Bayern

Ein emotional und ideologisch aufgeladenes Gesetz in Wahlkampfzeiten zu verabschieden ist grundsätzlich keine gute Idee. Vernünftig wäre es gewesen, angesichts der massiven Kritik die Neuordnung des bayerischen Polizeirechts zu verschieben und noch einmal von Fachleuten durchgehen zu lassen. Dabei kommt es nicht auf ein paar Monate hin oder her an. Wie gesagt: Das wäre vernünftig gewesen. Doch die Politik hat ihre eigenen Gesetze, die oft nichts mit Vernunft, sondern mit Gesichtswahrung und Profilschärfung zu tun haben. Hat man sich einmal festgelegt, heißt es: „Augen zu und durch“. Rückzug gilt als Schwäche.

Das Polizeiaufgabengesetz berührt die Kernkompetenz des CSU. Alles Klagen, Drohen und Lamentieren der Opposition gegen die absolute Mehrheit hat daher nicht geholfen. Die Würfel sind erst einmal gefallen. Änderungen am bayerischen Polizeirecht können allenfalls noch Verfassungsrichter verfügen, bei denen das Polizeiaufgabengesetz nun landet. Deftige juristische Ohrfeigen für CSU und ihre Staatsregierung sind nicht ausgeschlossen. Fragt sich nur, ob diese noch vor der Landtagswahl im Oktober ausgeteilt werden.

raff.mueller@weser-kurier.de

Sie sind festgenommen! Wegen der DROHENDEN GEFÄHR, dass Sie demnächst bei Rot über die Ampel gehen!!



Bayern macht's möglich...

Klaus Stuttmann

# Wenig originell

Jürgen Hinrichs über das Grünen-Papier

Viele schöne Ideen, die von den Bremer Grünen für ihr Positionspapier zusammengestellt wurden. Das 365-Euro-Ticket zum Beispiel besticht allein schon dadurch, dass es so eingängig ist: 365 Tage, 365 Euro. Besser kann man sich das nicht einfallen lassen. Interessant ist die Frage der Finanzierung. Eine Nahverkehrsabgabe ähnlich der Rundfunkgebühr? Da sind sich die Grünen nicht schlüssig und wollen das Volk abstimmen lassen.

Viele Ideen, wirklich neu ist davon freilich wenig. Gut, dass wir das alles mal aufgeschrieben haben, die politische Konkurrenz tut es ja nicht, könnten sich die Verfasser sagen. Und sie hätten recht. Verkehrspolitische Konzepte oder gar Visionen? Feilanzüge, wenn man sie bei den anderen Fraktionen in der Bürgerschaft sucht. Sie liefern zu Einzelprojekten, stellen sie aber nicht in Beziehung zueinander. Das ist der Vorteil des Grünen-Papiers.

Schade nur, dass Gedanken fehlen, die aufhorchen lassen oder gar provozieren. Viele der Forderungen lesen sich, als ob heute schon die Kompromissformeln für spätere Koalitionsverhandlungen gesucht werden. Zum Profil der Partei trägt das kaum bei.

juergen.hinrichs@weser-kurier.de

# Mangelnde Wertschätzung macht indische Frauen zur billigen Ware

Agnes Tandler über Gewalt in Indien

Man kann vergewaltigt, man kann umbracht werden“, sagt die Anwältin Deepika Singh Rajawat. Die 38-jährige Juristin hat guten Grund, um ihr Leben zu fürchten. Sie leistet Rechtsbeistand für eine Familie aus Kaschmir, deren achtjährige Tochter von acht Männern bestialisch vergewaltigt und ermordet wurde. Der Fall hatte in ganz Indien für Empörung gesorgt und schlägt auch politisch weiter Wellen. Obwohl die Regierung von Premierminister Narendra Modi auf öffentlichen Druck hin in Windaesle das Strafrecht bei Vergewaltigung von Kindern weiter verschärft hat, will der Skandal nicht weichen. Ausgerechnet der neue, stellvertretende Ministerpräsident des Bundesstaates Jammu und Kaschmir, Kavinder Gupta, goss vor kurzem Öl ins Feuer, als er Anfang Mai sagte, der Fall sei „eine Nichtigkeit“ und bekomme „zu viel Aufmerksamkeit“. Gupta, Mitglied der Regierungspartei, verteidigte sich später damit, er sei falsch zitiert worden.

Es geht um ein grausiges Verbrechen an einem kleinen Mädchen, das von Politikern der hindunationalistischen Regierungspartei BJP begangen und gedeckt wurde. Was dabei zum Vorschein kommt, ist eine abscheuliche Mischung aus Korruption, Landraub und skrupellosen Eliten, die Mord und Vergewaltigung selbstverständlich als Machtmittel einsetzen. Es sei „Indiens dunkelste Stunde“, hatte eine Gruppe prominenter Staatsbeamter gewarnt und damit offen gegen die Regierung Front bezogen.

Die Anwältin Deepika Singh Rajawat bekommt inzwischen Polizeischutz, nachdem Indiens Oberstes Gericht interveniert hatte. Die Richter hatten am Montag auch den Fall dem örtlichen Gericht in Kaschmir entzogen, um sicherzustellen, dass der Prozess fair verläuft. Verhandelt wird nun vor einem Gericht in der Punjab-Provinz.

Der Skandal begann Mitte Januar, als die Leiche der achtjährigen Asifa Bano in einem Wald im von Indien kontrollierten Kaschmir-Tal gefunden wurde. Das muslimische Mädchen gehörte zu den Barkawal, einem Hirtenstamm, der im Sommer mit seinen Tieren hoch auf die Bergweiden des Himalaja-Gebirges

ermordet worden, um die Barkawal dazu zu zwingen, ihr Land aufzugeben. Nach Barn hätten die Schreie des Mädchens im Tempel gehört, doch niemand habe gewagt, sich an die Polizei zu wenden. Bei der Beerdigung von Asifa sei die Familie bedroht worden, sagt der Vater.

Nachdem die Angeklagten Rückendeckung von Abgeordneten der regierenden BJP-Partei in Neu-Delhi erhielten, wurde der Tod von Asifa zum Politikum. Es folgten tagelange Proteste. Die Regierung verschränkte das Strafrecht im Einvernehmen. Bei Vergewaltigung von Kindern unter zwölf Jahren soll nun auch die Todesstrafe möglich sein. Kritiker glauben jedoch, dass dies nur wenig zur Sicherheit von Frauen und Mädchen beitragen werde.

Im Dezember 2012 schockierte die bestialische Massenvergewaltigung und der Mord an der Studentin Jyoti Singh in einem Bus in der Hauptstadt Neu-Delhi ganz Indien. Das Verbrechen löste wochenlange Proteste aus. Doch die härteren Strafen bei Vergewaltigung, die 2013 eingeführt wurden, haben wenig verändert. Dies liegt vor allem an der niedrigen sozialen Stellung von Frauen in der patriarchalischen Gesellschaft Indiens. Die Geburt eines Mädchens gilt für die meisten Familien als Schicksalsschlag. Mädchen bekommen weniger zu essen und werden weniger oft zum Arzt gebracht, wenn sie krank sind.

Die mangelnde Wertschätzung macht Frauen zu einer billigen Ware, mit der Männer schalten und walten können, wie sie möchten. Das oft fehlende Interesse der Polizei und der Gerichte an der Aufklärung von Gewaltverbrechen gegen Frauen gibt den Tätern ein Gefühl der Sicherheit, ungeschoren für ihre Verbrechen davonzukommen.

agnes.tandler@weser-kurier.de

# Abscheuliche Mischung aus Korruption, Landraub und skrupellosen Eliten

zieht und im Winter in den Tälern in Kaschmir lebt. Asifa hatte die Pferde ihrer Familie bewacht, als eine Gruppe hinduistischer Männer sie überfiel, verschleppte und in einem Tempel in der Umgebung festhielt. Das mit Drogen ruhig gestellte Kind wurde über drei Tage hinweg von einer Gruppe von acht Männern geolbert und vergewaltigt. Danach wurde Asifa erwürgt und ihr Schädel mit Steinen eingeschlagen. Unter den von der Polizei wegen des Mordes festgenommenen Männern sind auch ein pensionierter Regierungsbeamter und vier Polizisten.

„An dem Tempel bin ich immer vorbeigegangen“, sagt Asifas Vater. Nie wäre er darauf gekommen, dort nach seiner Tochter zu suchen. Er glaubt, seine Tochter sei deshalb so brutal

# Frankfurter Rundschau

über den Bundeshaushalt: „Wenn es um Staatsknete geht, müssen Politikerinnen und Politiker etwas Unpopuläres erklären; dass Steuern kein Diebstahl des Staates am Eigentum der Bürger sind, sondern die Voraussetzung für Investitionen ins Gemeinwohl, Schlaglochstrecken inklusive. Und dass es an diesen Investitionen immernoch schmerzhaft mangelt. Olaf Scholz hat all das auch am Dienstag nicht gesagt, als er den Bundeshaushalt präsentierte. Er lobte zwar die Investitionen, aber er wagte es nicht, dem üblichen Gerede etwas entgegenzusetzen.“

# Der Tagesspiegel

über das Dashcam-Urteil: „Die Richter beschränken ihre Kritik nur auf anlasslose, permanente Aufzeichnungen. Kameras, die Bildersofortlöschen und nur bei Erschütterungen festhalten, könnten dagegen zulässig sein. Hier wäre es zu begrüßen, wenn Hersteller sich auf rechtskonforme Lösungen verständigten und diese gleich serienmäßig in ihre Karossern verbauten. Eine derartige Überwachungstechnik hätte als Massenprodukt wohl eine enorme disziplinierende Effekte. Wersich in den Verkehr begibt, darf sich beobachtet fühlen. Darin liegt eine Chance, Schaden abzuwenden.“

# Handelsblatt

über die elektronische Gesundheitskarte: „Die Welt hat sich seit dem Jahr 2004, als das unter Rot-Grün in Kraft getretene Gesundheitsmodernisierungsgesetz das Fundament für die Gesundheitskarte und die Schaffung für dafür erforderlichen technischen Infrastruktur legte, stark verändert. Der Zugang der Zukunft, mit dem Patienten ihre Gesundheitsdaten kontrollieren, dürfte das Smartphonewerden. Hier müsste die Politik jetzt die Weichen stellen, damit die elektronische Patientenakte in dieser Legislaturperiode auch mit App-Anbindung umgesetzt werden kann.“

# WESER KURIER

Bremer Nachrichten

Verdener Nachrichten

Bremer Tageszeitungen AG

Chefredaktion: Moritz Döber (v.l.S.d.F.), Silke Hellwig

Schulftredaktion: Chefredakteur: Marcel Aufmann

Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Chefredaktions Kultur/Medien: Dr. Hendrik Werner - Politik: Jörg Hildebrandt

Bremen/Niedersachsen: Matthias Sonnenberg - Wirtschaft: Philipp Jahn - Kultur: Ines Heitschke - Sport: Jörg Henning (Komm.)

Leitredaktion: Marius Frenz - Leiter Sonderdruck: Stefan Danneberg - Art Director: Franz Bering

Büro: Ullrichth Albrecht - Büro Ostholtenau: Schirback

Antje Borchmann - Büro Vegesack: Michael Brandt

Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung) - Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Hamburg: Nadine Wenzel

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 34,90 Euro einschließlich 19% USt.

Für den Anzeigenanteil verantwortlich: David Koochmann, Tanja Bittner

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 72.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Presshaus Bremen: montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonntags von 9.30 bis 14 Uhr. Telefon: 0421 3671 1000

Leitung: 0421 3671 1000

Redaktion: 0421 3671 1000

E-Mail: abonnenten@weser-kurier.de

Nachdruck: 0421 3671 1000

Telefon: 0421 3671 1000

E-Mail: anzeige@weser-kurier.de

# Peter Bollhagen über das Bildungssystem

Stilhalten und Aussetzen, eine wohlwollende Umschreibung des Bildungskonsens, stellt sich für Bremen als unzureichende Strategie für eine bessere Bildung heraus. Beschlossener Stillstand, das wäre wohl von Anbeginn treffender gewesen. In Hamburg ist das anders. Dort kann man beobachten, wie es gelingen kann, innerhalb nur weniger Jahre mit einigen geschickten Kursrufen ein Leistungssystem in einem Stadtstaat nach vorn zu bringen. Bremen ist allein aufgrund struktureller Hürden meilenweit von der Umsetzung solcher richtungsweisender Entscheidungen entfernt. Hier kämpft man damit, dass die Bre-

# Bremer Schulabsolventen sind nicht fit genug

mer Schulabsolventen nicht fit für die Anforderungen sind, die auf sie zukommen. Es mangelt den Schülern an simplen Grundfertigkeiten, auch bei Sekundärtugenden: Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und ein gesundes Pflichtbewusstsein werden in den Schulen nicht vermittelt. Der Leistungsdruck fehlt oft und bei der Suche nach Erfolgswillen und der Bereitschaft, für die Ergebnisse der eigenen Schaffenskraft die Arme hoch zu strempeln, ist das Ergebnis viel zu oft enttäuschend.

Der Zeitpunkt für entschlossenes Handeln ist jetzt. Bremen kann das Ruder noch herumreißen. Hierfür braucht es den klaren Willen, das führende Bundesland beim Thema Bildung zu werden. Schlechte Bildungsergebnisse und unvorbereitete Absolventen sind ein Resultat vieler bildungspolitischer Fehlentscheidungen. Sie langfristig mit dem Mittelfeldplatz in der Bildung zufriedenzu-

geben, wäre fatal. Dieser Anspruch verurteilt Kinder schon heute zur Mittelmäßigkeit. Wir brauchen stattdessen hervorragende Schulen, die Schülerinnen und Schüler entscheidungs-, lebens- und arbeitsfähig machen und ihnen auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Leben helfen und sie unterstützen. Jeder sollte lesen, schreiben und rechnen können. Mehr noch hat jeder ein verbrieftes Recht darauf, diese Dinge in Schulen zu erlernen.

Zusätzlich sind Themen wichtig wie Werte, Demokratie, Freiheit, Toleranz, Leistung und Eigenverantwortung. Schulen sollten Stärken stärken, Leistungsstärke finden, fördern und fördern. Es braucht ein eigenständiges Schulfach Wirtschaft. Praktika und Fortbildungen für Lehrer können helfen, ein realistisches Unternehmensbild zu vermitteln. Im besten Fall sollten die Grundlagen für

Wirtschafts- und Alltagskompetenz sowie Handlungsorientierung und -fähigkeit bereits in der Grundschule vermittelt werden. Des Weiteren ist und bleibt auch die Integration der vielen Mitmenschchen und Schatzmeister der FDP/Landesverbandes Bremen.



Inster Gastauer ist Landesvorsitzender des Wirtschaftsverbandes „Die Familienunternehmer“ in Bremen, Inhaber eines Malerbetriebs und Schatzmeister des FDP/Landesverbandes Bremen.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare werden nicht unbedingt die Meinung der Redaktion geben.